

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Preis: 20 Pfennig pro Quartal, 60 Pfennig pro Halbjahr, 1,20 Mark pro Jahr

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbjährlich 10 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 694, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt, Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestrichelte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM. Anzeigenannahme freitags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Osterbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dresden, Mittwoch, den 28. Dezember 1927

Nummer 301

Ermächtigungsgesetz in Sicht

Auf den Spuren Eberts

Vorbereitung zur Hindenburgkabinettsur im Bürgerblockkabinett

Berlin, 28. Dez. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Deutschnationalen stellen zuerst die Forderung der Erweiterung der Machtbefugnisse des Reichspräsidenten und Stärkung der Machtmittel der Bürgerblockregierung auf. Nachdem sich die Spitzenverbände des deutschen Finanzkapitals diese Forderungen zu eigen machten, nachdem Zentrum und Demokraten eine systematische Kampagne für die Wahlrechtsverschlechterung begannen, tritt nunmehr auch die Deutsche Volkspartei offen auf den Plan. Im „Ulfr-Wendblatt“ hält der Volksparteiler von Kardorf die deutschnationalen Forderungen für berechtigt. Er tritt dafür ein, daß die Weimarer Verfassung „ausgebaut“ werden müsse, vor allem 2 Punkte:

1. Die Stellung des Reichspräsidenten müsse gestärkt werden und das Kabinett dürfe nur einmal im Jahr, nämlich bei der Statberatung und dann auch nur mit einer Zweidrittelmehrheit gekürzt werden können.
2. Der Reichsfinanzminister müsse eine vom Parlament völlig unabhängige Stellung mit weitgehenden Machtbefugnissen und Vollmachten erhalten, die ihm für alle notwendigen Maßnahmen freie Hand lassen.

Das ist gewissermaßen ein Minimalprogramm, das einer der wädhigen Vertreter der Deutschen Volkspartei ausstellt. Da aber derartige einschneidende verfassungsändernde Diktaturmaßnahmen nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Reichstag beschlossen werden können, so rechnen die Deutschnationalen damit, daß der Reichstag durch ein neues Ermächtigungsgesetz ausgeschaltet werden kann und dann ihre Pläne verwirklicht werden. Es ist nicht zufällig, daß in den letzten Wochen in der reaktionären Presse der Name von Ebert in wohlwollender Weise so oft erwähnt wird. Ebert hat das Ermächtigungsgesetz bereits angewandt, um ähnliche Maßnahmen durchzuführen, wie sie jetzt von den regierungsparteilichen Koalitionsbrüdern der Sozialdemokratie gefordert werden. Wie wir hören, soll nicht daran gezweifelt werden, daß im

Reichsinnenministerium entsprechende Diktaturgesetzwürfe bereits ausgearbeitet sind und unter den Bürgerblockministern eifrig diskutiert werden.

Die von dem Volksparteiler Kardorf aufgestellten Forderungen liegen auf der gleichen Linie wie das Diktaturprogramm der Trustmagnaten, das in dem vor wenigen Tagen veröffentlichten „Notprogramm“ der Wirtschaftsverbände bekanntgegeben wurde, und in dem für den Reichsfinanzminister diktatorische Vollmachten gegen die allzu große Bewilligungsfreudigkeit der Parlamente verlangt wurden. Schon vor Wochen forderten die reaktionären Blätter Sachlens, darunter der Dresdner Anzeiger, daß nach dem Artikel 48 regiert werden müsse, wenn durch Neuwahlen nicht eine ordnungsgemäße Regierung zustande käme. Der Stahlhelmhüuptling Selbte wollte sogar einige Batterien vor dem Reichstag auffahren lassen, um die Abgeordneten nach Hause zu schicken. Die Frage der Wahlrechtsverschlechterung und der Parlamentsreform wird in der bürgerlichen Presse täglich breit und offen diskutiert. Im Berliner Tageblatt hat der sonst so worttraktische Sozialdemokratische Reichspräsident Lohbe verkündet, daß die SPD mit einer Verminderung der Abgeordneten einverstanden sei, und hat damit zu erkennen gegeben, daß die SPD-Führer den Plänen der Bürgerblockregierung, nach dem Vorbild Eberts mit Ausnahmezustand und Ermächtigungsgesetz zu regieren, keinen ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen werden und bereit sind, dem Umbau des Parlamentarismus ihre Zustimmung zu geben. Nach der feigen Kapitulation der reformistischen Führer im Ruhrkampf treten nun die Konterrevolutionäre mit ihren reaktionären Plänen offener hervor. Die Bourgeoisie rüstet wirtschaftlich und politisch zu neuen Kämpfen für das Jahr 1928. Die Arbeiterklasse darf den Vorstößen des deutschen Imperialismus nicht länger untätig zu sehen, sondern muß auf die Bürgerblockprovokationen und die sozialdemokratischen Helferdienste für den Bürgerblock antworten.

Geplers Filmkorrupsion

12 Millionen Reichwehrgelder für nationale Film- und Flottenpropaganda

Berlin, 28. Dez. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Korruptionsstandal Reichswehr-Phöbus-Filmgesellschaft zieht immer weitere Kreise. Bisher stand fest, daß zirka 6 bis 7 Millionen Mark aus den proletarischen Steuergroschen verschleudert wurden. Jetzt hat sich herausgestellt, daß Anfang des Jahres weitere 4½ Millionen Mark aus Reichswehrkassen der Phöbus-Gesellschaft zugeflossen sind. Das Geld wurde in Berlin durch die Diskontogesellschaft und das Bankhaus Mendelssohn vermittelt. Die Millionenchecks waren gezeichnet „Reichswehrministerium i. A. Lohmann“. Weiter steht fest, daß das Reichswehrministerium außerordentliche finanzielle Geschäfte in größterem Umfange betreibt. So zum Beispiel wurde der frühere Direktor des Bankvereins zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Phöbus-Filmgesellschaft gemacht. Weiter hat das Reichswehrministerium noch geschäftliche Beziehungen zu zwei anderen Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Lohmann war immer der vorgeschobene Mittelsmann und Strohmännchen des Reichswehrministeriums. Von ihm wußte man bei den Großbanken, daß seine Unterschriften für das Reichswehrministerium verbindlich waren und von dort gedeckt werden. Lohmann hat auch bei den bisher noch nicht genannten Aktien unter anderem ein Grundstück zum Preise von 900 000 Mark, das einen bedeutenden höheren Wert haben soll, in seinen Privatbesitz überführt. Jetzt will sich das Reichswehrministerium aus der Affäre ziehen, indem es Lohmann scheinbar vor der Öffentlichkeit fallen läßt. Der Bericht des Sparkommissars ist noch immer nicht veröffentlicht. Die Regierung hat die Bürgerblockparteien und die Sozialdemokratie vertrittlich unterrichtet, diesen ungeheuerlichen Korruptionsfall, bei dem zirka 12 Millionen Mark, die aus den Knochen der Werktätigen herausgeschunden und für die imperialistische Film- und Flottenpropaganda zum Fenster hinausgeworfen wurden, totzuschweigen. Die kommunistischen Abgeordneten haben durch ihre Interpellation dafür gesorgt, daß diese dunklen Geschäfte an die proletarische Öffentlichkeit kommen werden.

Weihnachtsbotschaft des Bürgerblocks

Massenentlassungen von Beamten — Ersparnisse auf Kosten der Werktätigen, verschärfter Angriff auf die Arbeiterklasse — Steuererleichterungen für die Bourgeoisie

Im Weihnachtschmus der Leitartikel der Berliner Bürgerblockblätter gab es dieses Jahr auffallend viele Buhpredigten. Nach dem einen Jeremias, dem zum Weihnachtsleitartikler der deutschnationalen Börsenzeitung avancierten Renegaten August Winnig, „fehlt dem Menschen heutzutage der seelische Raum, die seelische Substanz“, der andere (ein wilhelminischer Dompfaff) im Lokalanzeiger beklagt, „die fehlende Gerechtigkeit bei dem heutigen Geschlecht“, ein dritter „möchte in der Tat am Menschengeschlecht verzweifeln, das in den Materialismus verfallen, seine höchsten Güter verliert“.

Dazu Jammern über die Friedlosigkeit der Welt, über die Rüstungen zum Krieg und Klassenkrieg, und geschickt mit den „christlichen“ Parolen verbunden die Propaganda für die Aufrüstung des deutschen Imperialismus. Aber härter als die außenpolitischen Probleme beherrscht die Perspektive der kommenden großen Auseinandersetzungen der Klassen in Deutschland selbst im Jahre 1928 die Weihnachtsnummern. Das „idealistische“ Weihnachtschmalz wird auf die Pflanze getan, in der der große 1928er Braten für den Bürgerblock geröstet werden soll. Aus dem politischen und dem Handelsteil bringt dabei gleichzeitig so manches von den großen Vorbereitungen in der Bürgerblocktische durch, wo die große Offensive vorbereitet wird.

Zwei grundlegende Tatsachen zwingen zu diesen Vorbereitungen: die Perspektive auf das Jahr 1928 als erstes Jahr der vollen Daweszahlung bei gleichzeitiger Konjunkturwende, und die Perspektive auf die Wahlen bei immer härterer Abwendung der Massen schon heute vom Bürgerblock. Soweit bis jetzt Wirtschaftsverhältnisse vorliegen, sind sie alle optimistisch über das, was erreicht wurde. Das Jahr 1927, so ist das Gesamturteil, hat trotz aller Schwankungen, einen wirklichen Schritt vorwärts gebracht für die Bourgeoisie. Aber trotz dieses „Schritt vorwärts“ scheint eine Wendung in der Konjunktur unausweichlich, auf die sich die Bourgeoisie vorbereitet. Und in diesem Punkt sind trotz aller Differenzen im Bürgerblocklager (die u. a. dazu führen, daß die zweite wichtige Tatsache, die die deutsche Politik im Jahre

Weißer Terror und Hungersnot in China

Schanghai, 27. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Der weiße Terror in Kanton, Schanghai und Hankau dauert unvermindert an. Der geringste Verdacht auf kommunistische Sympathien genügt zur sofortigen Hinrichtung. Mehr als 3000 Leichen beerdigt worden.

In Hongkong treffen täglich Scharen von flüchtenden Grundbesitzern und Dorfwehrcern ein, die vor den Bauernaufständen flüchten und in der imperialistischen Presse die unglaublichsten Schauermärchen über die revolutionäre Bewegung verbreiten. Die englische Presse zelebriert über die „bedrohten Interessen der Ausländer“ und kündigt eine englische Strafexpedition an für den Fall, daß die chinesische nationalstaatliche Regierung nicht von sich aus diese Strafexpedition durchführt.

Die Streikbewegung in Schanghai geht weiter. Der Telegraphenstreik ist nicht beigelegt worden, der Postarbeiterstreik soll unmittelbar bevorstehen.

Nach einer WB-Meldung aus Peking wird die Meldung der Gesellschaft zur Linderung der Hungersnot bestätigt, daß in Schantung nahezu 4 Millionen Menschen am Verhungern sind. In 35 Bezirken der Provinz Schantung sind weniger als 10 Prozent der Ernte eingebracht worden. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt bereits von Baumrinde und Spreu. Der schlimmste Punkt ist

noch nicht erreicht. Die Ursachen der Hungersnot liegen in der Hauptfache in der ungeheuer bedrückenden Besteuerung und Ausplünderung der Bauernmassen. Es besteht keinerlei Hoffnung, in China selbst ausreichende Geldmittel aufzubringen, um die Masse der Bevölkerung vor dem Hungertode zu retten. Der Bürgerkrieg verschärft die Lage. Die konterrevolutionären Truppen nehmen den Bauern das Letzte weg.

Reorganisation der Kuomintang

TU, Kowno, 27. Dezember.

Das Zentralkomitee der Kuomintang hat nach Meldungen aus Moskau beschlossen, auf der bevorstehenden Tagung der Partei in Kanton den linken Flügel der Partei auszuschließen. Der Vorsitzende der Kuomintang, Wangschingwei hat der Parteileitung seine Bereitwilligkeit mitgeteilt, sein Amt niederzulegen. Wangschingwei war betanntlich vorgeworfen worden, die Kommunisten in Kanton unterstützt zu haben. Er wird wahrscheinlich nach Paris gehen, um dort das Zentralkomitee der Kuomintang in Europa zu leiten. — Zur bevorstehenden Tagung der Kuomintang erklärte Marshall Tchangtschajel, daß die Aufnahme von Verhandlungen mit Marshall Tchangtschajel abgelehnt werden würde. Für das Frühjahr 1928 plane man eine große Offensive gegen die Kommunisten. Er beabsichtige, eine neue Armee in Stärke von 100 000 Mann, die mit den letzten Errungenschaften der Technik ausgerüstet sei, zu sammeln.

Wie in Moskau verlautet, erwartet man in Schanghai eine Kommission japanischer Offiziere, die das südchinesische Meer organisieren soll.